

Steinmeier fordert Freilassung politischer Gefangener in Birma

Financial Times Deutschland_26 februar 2008

Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein indonesischer Amtskollege Hassan Wirajuda haben die Militärregierung in Birma aufgefordert, die angekündigte Öffnung des Landes hin zur Demokratie konsequent umzusetzen. «Wir setzen beide darauf, dass politische Veränderungen in Myanmar (Birma) in Gang kommen», sagte Steinmeier nach einem Treffen mit Wirajuda in der indonesischen Hauptstadt Jakarta. Für den Prozess sei die Unterstützung aller Nachbarstaaten, vor allem aber die von China notwendig. «Ein wichtiges Signal für Veränderung in Myanmar wäre die Freilassung von politischen Gefangenen», sagte Steinmeier.

In Birma, das wie Indonesien zu den zehn Mitgliedern des südostasiatischen Staatenverbundes ASEAN gehört, waren im Herbst 2007 regierungskritische Proteste von Mönchen gewaltsam niedergeschlagen worden. Wirajuda begrüßte ausdrücklich das von Birma angekündigte Verfassungsreferendum sowie die für 2010 geplanten Mehrparteien-Wahlen. «Das sind Bestandteile des Fahrplans («roadmap») zur Demokratie. Es ist vermutlich das erste Mal, dass die Regierung Myanmars einen solchen konkreten Zeitrahmen gesetzt hat.» Wirajuda betonte zugleich die Notwendigkeit, Birma innerhalb des ASEAN-Verbundes einzubinden, um so Veränderungen zu bewirken.

Steinmeier würdigte bei seinen Gesprächen in Jakarta die Fortschritte Indonesiens seit dem Ende der Suharto-Diktatur vor rund zehn Jahren. Deutschland verfolge diesen sicher nicht immer ganz einfachen Weg mit großem Respekt und wolle ihn nach Kräften unterstützen. Am Dienstag hatte der Minister Vertreter verschiedener Religionsgruppen getroffen. Er äußerte sich danach anerkennend über den gemäßigten Islam in dem bevölkerungsmäßig größten muslimischen Land. In Indonesien werde ein Nebeneinander der Religionen gepflegt. Von einer islamistischen Radikalisierung könne nicht gesprochen werden.

Mit Blick auf den Klimaschutz sagte Steinmeier die Unterstützung für Wiederaufforstungsprogramme in Indonesien zu. Deutschland stelle bilateral 24 Millionen Euro und zudem 60 Millionen Euro für einen entsprechenden Weltbank-Fonds zu Verfügung. Das Bundesentwicklungsministerium verweist auf Weltbank-Zahlen, wonach Indonesien wegen der Entwaldung mittlerweile drittgrößter Kohlendioxid-Emittent der Welt ist. Knapp ein Fünftel der weltweiten CO₂-Emissionen sind auf die Zerstörung von Wäldern zurückzuführen. Nach Worten Wirajudas ist der Anteil der illegalen Abrodungen von einst 80 Prozent etwas zurückgegangen.

Gespräch zwischen China und der UNO über Myanmar-Frage

german.china.org_19 februar 2008

Der stellvertretende chinesische Außenminister Wang Yi hat am Montag in Beijing den Sonderberater des UN-Generalsekretärs für die Myanmar-Frage Ibrahim Gambari empfangen. Der stellvertretende chinesische Außenminister Wang Yi hat am Montag in Beijing den Sonderberater des UN-Generalsekretärs für die Myanmar-Frage Ibrahim Gambari empfangen. Dabei erklärte Wang Yi, die Probleme in Myanmar können nur durch einen Dialog zwischen der Regierung und der Bevölkerung des Landes angemessen beigelegt werden. Die internationale Gemeinschaft könne dabei konstruktive Hilfe leisten. Jedoch seien Sanktionen keine Lösung, sagte Wang. Gambari erwiderte, er wolle sich weiterhin für den Schlichtungsprozess einsetzen und dabei die Souveränität Myanmars respektieren.

Zeitung: Militärs in Birma schließen Suu Kyi von Wahl 2010 aus

Reuters_Deutschland_20. Februar 2008

Birmas Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi darf laut einem Zeitungsbericht nicht bei den Wahlen im Jahr 2010 antreten. Grund sei, dass sie mit einem Ausländer verheiratet gewesen

sei, berichtete die Zeitung "Straits Times" am Mittwoch. Der neuen, noch zu verabschiedenden Verfassung zufolge sei dies ein Grund zum Ausschluss. Die Zeitung berief sich auf Singapurs Außenminister George Yeo, der diese Details von seinem Amtskollegen aus Birma erfahren habe.

Birma wird seit langem von einer Militärjunta regiert. Zuletzt hatten sie 1990 Wahlen abgehalten, Als die Partei von Suu Kyi dort einen klaren Sieg errang, wurde der Wahlausgang aber ignoriert. Die Trägerin des Friedensnobelpreises hat zwölf der vergangenen 18 Jahre im Gefängnis oder unter Hausarrest verbracht. Sie ist mit dem Briten Michael Aris verheiratet, der 1999 starb.

Neue Verfassung Birmas teilt Militär führende Rolle zu

Mittwoch, 20. Februar 2008, 07:20 Uhr

Rangun (Reuters) - Das Militär dürfte Birma auch unter einer neuen Verfassung regieren.

Der Entwurf, der am Dienstag veröffentlicht wurde, weist den Streitkräften die "führende politische Rolle" zu. Bei der Erarbeitung des Gesetzeswerk habe sich das zuständige Gremium strikt an die sechs Vorgaben gehalten, zu denen auch die Vorherrschaft der Armee gehöre, sagte der Vorsitzende der vom Militär ernannten Kommission im staatlichen Fernsehen. Birma soll im Mai über die neue Verfassung abstimmen.

Nähere Informationen waren zunächst nicht zu erhalten. Medien hatten jedoch darüber berichtet, dass der oberste Armee-Kommandeur die mächtigste Person im Staat sein solle, Minister ernennen und "im Notfall" die Regierungsgewalt übernehmen könne. Zudem sollten Angehörige der Streitkräfte ein Viertel der Parlamentssitze sowie ein Vetorecht über die Entscheidung der Abgeordneten erhalten. Die Militärjunta regiert Birma seit 1962.

Die Opposition lehnt das Verfassungsreferendum ab, weil sie befürchtet, dass sich danach die Lage in dem südostasiatischen Land verschlechtert. Die USA bezeichneten die Abstimmung als Betrug und sprachen von einem "Klima der Angst".

Kritischer Oppositionspolitiker aus christlicher Partei ermordet

Dom.Radio 15 Februar 2008

Der birmanische Oppositionspolitiker und Generalsekretär der mehrheitlich christlichen "Karen National Union" (KNU) Pado Mahn Sha ist von Unbekannten im thailändischen Mae Sot erschossen worden. Birmanische Exilpolitiker bezeichneten den Mord als "schweren Schlag für die birmanische Oppositionsbewegung".

Verwandte Themen

* Verhaltene Hoffnung in Birma - Militärjunta kündigt überraschend Wahlen an

Beobachter vermuten, dass die Attentäter aus den Reihen der rivalisierenden "Democratic Karen Buddhist Army" stammen, die sich 1994 von der KNU abgespalten hatte und seitdem als Verbündete der birmanischen Militärjunta gilt. Die KNU ist der politische Arm der "Karen National Liberation Army" (KNLA), die für einen unabhängigen Karen-Staat kämpft.

Wie die birmanische Exil-Nachrichtenagentur Mizzima am Freitag auf ihrer Webseite berichtet, war der buddhistische Mahn Sha ein ausgewiesener Gegner der Militärjunta, die Birma seit mehr als 40 Jahren regiert. Die beiden Attentäter seien am Donnerstagnachmittag

thailändischer Zeit ins Haus des Oppositionspolitikers eingedrungen und hätten den 64-jährigen Mahn Sha mit mehreren Schüssen getötet.

"Festschreibung der Militärdiktatur"

Nur drei Tage vor seiner Ermordung hatte Mahn Sha in einem Exklusiv-Interview mit Mizzima die für 2010 angekündigten Wahlen "als Festschreibung der Militärdiktatur in Birma" kritisiert und zum Widerstand aufgerufen. Das Militär werde nicht nochmals zulassen, dass bei Wahlen wie der von 1990 die Opposition als Sieger hervorgehe. "Diesmal werden sie einen todsicheren Plan für den Sieg haben", so Mahn Sha.

Die Karen, die im zu Birma gehörenden Kayin-Staat leben, sind eine von der Militärjunta brutal unterdrückte ethnische Minderheit. Die Regierung setzt auf militärische Gewalt und vernachlässigt zugleich Investitionen in die Infrastruktur des Karengbietes wie Schulen und Krankenhäuser.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) gelten die Offensiven der birmanischen Armee in erster Linie den Dörfern der Karen. Etwa 650.000 Karen seien innerhalb Birmas auf der Flucht vor den Regierungstruppen. Mehr als 150 000 von ihnen lebten in den Flüchtlingslagern in Thailand nahe der Grenze zu Birma.(dr,epd)